

15.43

Bundesrat Mag. Michael Lindner (SPÖ, Oberösterreich): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Bundesminister! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir am Tag nach dem Weltmilchtag über die EU-Jahresvorschau zur Landwirtschaft reden, dann ist klar, dass eigentlich wir alle, die wir jetzt gesprochen haben, über die Situation der Milchbauern und Milchbäuerinnen sprechen. Wenn die konventionellen Milchbauern nur mehr knapp 29 Cent pro Kilogramm bekommen, wenn teilweise ein Liter Milch billiger als eine Flasche Mineralwasser ist, dann wissen wir, dass in diesem System insgesamt etwas gehörig nicht stimmen kann.

Man muss, glaube ich, dazusagen: Das Auslaufen der Milchquote war ja nichts Überraschendes, das jetzt über uns hereingebrochen ist, sondern ist ein lange geplanter Schritt gewesen, der von vielen, auch hier herinnen, befürwortet worden ist. Insofern muss man sich, glaube ich, auch die Frage stellen: Wieso sind denn unsere Milchbauern oder Milchbäuerinnen nicht besser auf Übergangsszenarien vielleicht zu anderen Feldern vorbereitet worden?

Die Reaktion, denke ich mir, war klar: Mit einer Mehrproduktion haben die Bauern versucht, ihren Einkommensverlust auszugleichen, einen Ausgleich zu erzielen. Da kommen wir eben zu einem Selbstversorgungsgrad von 150 Prozent in Österreich, was die konventionelle Milcherzeugung betrifft. Kollege Dörfler hat schon diese Entwicklung zu Turbokühen angesprochen, die ja wirklich befremdlich ist. Insofern ist es meiner Meinung nach wichtig, dass wir im Juni in diesem vereinbarten Milch-Dialog mit allen Fraktionen im Parlament zu Lösungsmöglichkeiten kommen, die heißen können, natürlich wieder eine Quote einzuführen, Fixpreise oder was auch immer.

Aber ich glaube, dass es auch wichtig ist, die Bio-Landwirtschaft in Österreich noch weiter und rascher auszubauen, dass es auch eine Option für unsere Milchbauern und Milchbäuerinnen sein kann, verstärkt auf Bio- oder Heumilchprodukte umzusteigen, weil da ganz andere Kilopreise zu erzielen sind. Ich glaube, dass es für unsere Bauern und Bäuerinnen auch wichtig sein wird, dass diese Überbrückungsunterstützung der EU für die private Lagerhaltung von Butter und Magermilchpulver verlängert wird.

Aber ich glaube auch, dass es zu kurzfristig und zu kurzfristig ist, diese Situation nur auf die Russland-Sanktionen zu schieben. Ich glaube, man muss sich schon auch die Fördersituation und Förderstruktur allgemein anschauen: 30 Prozent des EU-Budgets gehen in Direkthilfen für die Landwirtschaft, 9 Prozent in die Entwicklung des ländlichen Raumes. Über die Gemeinsame Agrarpolitik fließen in der aktuellen Periode insgesamt, glaube ich, ungefähr 9 Milliarden € allein nach Österreich, aufgeteilt in die

erste Säule, diese Direktzahlungen, und in die zweite Säule, das Programm für ländliche Entwicklung.

Meiner Meinung nach ist es nicht die Diskussion, ob zu wenig Geld für die Landwirtschaft vorhanden ist, sondern die Frage ist ganz einfach: Wie ist denn dieses Geld verteilt? – Ich glaube, in der Politik sollten wir schon danach trachten, dass wir möglichst viel steuernd und regelnd unternehmen und eingreifen können.

Wenn die erste Säule – und das sind für diese Periode in Österreich immerhin 4,9 Milliarden € – de facto in eine Flächenförderung geht, dann haben wir in der Politik da nicht sehr viel Gestaltungsspielraum. Es profitieren von dieser Förderstruktur ganz einfach die großen landwirtschaftlichen Einheiten. Auch wenn man in der aktuellen Periode erste Verbesserungen für kleinere Landwirtinnen und Landwirte angegangen ist, meine ich, mehr Mittel und ein stärkerer Schwerpunkt auf der zweiten Säule würden für uns auch viel mehr Steuerungsmöglichkeiten bringen.

Ich glaube, man muss in der Agrarpolitik zu dem Punkt kommen, dass der Arbeitseinsatz der Landwirtinnen und Landwirte als Maßstab für die Fördermittelverteilung herangezogen werden sollte. Gerade wenn sich die Milchbauern im Endeffekt 365 Tage im Jahr um das Melken und den Stall kümmern müssen, dann braucht es da eine stärkere Unterstützung. Da muss sich Arbeit einfach auch wieder lohnen!

Neben diesem landwirtschaftlichen Bereich möchte ich noch kurz auf die Klimapolitik zu sprechen kommen, weil auch das ein großer Schwerpunkt im vorliegenden Bericht ist. Die Vereinbarungen von Paris – das war heute schon einmal Thema – sind natürlich ein historischer Schritt, dem jetzt konkrete Taten folgen müssen, damit wir 2050 zu diesem Gleichgewicht zwischen Ausstoß und Absorption von Treibhausgasen kommen.

Ich glaube, wichtig ist jetzt, dass wir in Österreich diese Ziele auf breiter Ebene diskutieren. Es war wichtig, dass man im Parlament eine breite parlamentarische Enquete in diese Richtung angestoßen hat, denn ich glaube, wir müssen es gemeinsam schaffen, auch die Bevölkerung, die ja die Bereitschaft zeigt, etwas für den Klimaschutz zu tun, mitzunehmen und als Motor für die Zielerreichung zu nutzen.

Außerhalb des Emissionshandels sind Gebäude, Verkehr und Landwirtschaft die drei großen Punkte, wo wir etwas tun können. Das kann also nur heißen – und wir haben ja in der Früh auch schon darüber diskutiert –: weiterer Ausbau des öffentlichen Verkehrs, gute thermische Gebäudesanierung, aber auch – und das möchte ich an

einem Beispiel skizzieren – Vorrang für regionale Energieerzeugung und lokale Initiativen.

Wir haben im Bezirk Freistadt, meinem Heimatbezirk, den Energiebezirk. Das ist ein regionaler Verein, der Bewusstseinsarbeit für Klima- und Energiepolitik macht, Gemeinde-Energiegruppen betreibt und Beratung betreibt. Diesem Verein ist es in den letzten Jahren gelungen, das größte virtuelle Sonnenstromkraftwerk Österreichs zu errichten, mit Förderpolitik, aber auch mit Bürgerbeteiligung.

Wir haben es im Bezirk in den letzten Jahren geschafft, 230 Einzel-Photovoltaikanlagen mit einer Gesamtfläche von 35 000 Quadratmetern zu errichten, in Gemeinden auf kommunalen Einrichtungen, aber auch auf privaten Gebäuden. Das entspricht ungefähr einer Energieleistung, mit der wir im Bezirk Freistadt 1 500 Haushalte mit Strom versorgen können. Das sind Initiativen, die vor Ort gemeinsam mit den Menschen entwickelt worden sind, wo Strom CO₂-neutral produziert werden kann und die auch stark im Bewusstsein der Bevölkerung verankert sind.

Deswegen war es, glaube ich, auch wichtig, dass wir am Dienstag im EU-Ausschuss zur EU-Strategie zur Wärme- und Kälteerzeugung auch eine Mitteilung beschlossen und verabschiedet haben, wo wir gesagt haben, dass wir uns gegen die geplante Bündelung zu Großprojekten im Energiebereich, die die Finanzierung und die Förderung gerade für regionale Akteure und Projekte schwieriger macht, dass wir uns gegen diese Entwicklungen verwahren. Es braucht, glaube ich, diese vielen kleinen und lokalen Projekte, damit wir im Gesamten der Klimaveränderung Einhalt gebieten können.

Ich hoffe sehr, dass wir da aus Österreich sehr viel Schwung zustande bringen können, um diese Diskussion auf EU-Ebene auch in die richtige Richtung lenken zu können. – Herzlichen Dank. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

15.49

Vizepräsidentin Ingrid Winkler: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Bundesrätin Mag. Schreyer. Ich erteile ihr dieses.